



## Warum kulturelle Bildung jetzt mit dem Green New Deal zusammengedacht werden muss

Ein Essay von Christian Steinau

Die Corona-Krise gefährdet Investitionen in Bildung und Kultur. Die Verbindung übergeordneter kulturpolitischer Ziele mit dem öko-sozialen Transformationsprojekt des *Green New Deal* bietet die Möglichkeit eines neuen kulturpolitischen Selbstbewusstseins. Ein Hermann Scheer gewidmeter Denkanstoß.

Während das öffentliche Leben still steht, mehren sich die Anzeichen einer Beschleunigung gesellschaftlicher Debatten. Seitdem am 11. März 2020 die Weltgesundheitsorganisation den Ausbruch des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 als länderübergreifende Pandemie einstuft, verbinden sich ethische, ökonomische und politische Fragen zu einem alle anderen Themen überschattenden Corona-Komplex. Wie der Fall der Berliner Mauer oder die Insolvenz der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers sind wir aktuell mit einem Ereignis von historischem Ausmaß konfrontiert, dessen Folgen noch nicht abzuschätzen sind.

Von dieser gesellschaftlichen Ausnahmesituation ist auch der Kulturbereich massiv betroffen. Das vielfältige und bis vor wenigen Tagen noch selbstverständliche Kulturleben findet von einem Moment auf den anderen nicht mehr statt: Museen, Opern und Theater bleiben geschlossen. In der unübersichtlichen Situation versuchen Kulturpolitiker\*innen die unmittelbaren Folgen der Krise durch Hilfsprogramme zu minimieren. In Aussicht schrumpfender finanzieller Spielräume muss die aktuelle Diskussion jedoch um Zukunftsperspektiven erweitert und gefragt werden: Wo steht die Kulturpolitik nach dem Corona-Schock?

Der Internationale Währungsfonds befürchtet den größten ökonomischen Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre. Die Kulturpolitik ist mit der doppelten Herausforderung konfrontiert, die unmittelbaren Folgen der Krise einerseits abzufedern, andererseits zentrale Zukunftsfragen nicht aus dem Blick zu verlieren. Mit der Aussicht einbrechender Steuereinnahmen sind Investitionen in die Modernisierung von Museen, Theatern, Stadtteilkulturzentren, Volkshochschulen und Stadtbibliotheken akut gefährdet. Auch droht die nachhaltige Anpassung der (Organisations-)Strukturen in einer unübersichtlichen Post-Corona-Zeit in den Hintergrund zu geraten.

Um auch in Zukunft für notwendige Investitionen in Kultur und Bildung sowie eine fortschrittliche Weiterentwicklung institutioneller Legitimationsmuster zu kämpfen, ist es notwendig, ein neues kulturpolitisches Selbstbewusstsein zu entwickeln. Gerade in der Fläche müssen die Kommunen gestärkt und muss auf Grundlage internationaler Entwicklungen massiv in kulturelle Infrastruktur investiert werden. Ebenso muss die Qualifikation der Mitarbeiter\*innen vorangetrieben und eine Ausdünnung der Personaldecke verhindert werden. Die Anforderungen der Digitalisierungen sowie sich verändernde Ansprüche von Bürger\*innen dürfen nicht auf den Rücken der Mitarbeiter\*innen ausgetragen werden. Vor diesem Hintergrund bietet die Verbindung kulturpolitischer Forderungen mit dem überzeugenden gesellschaftspolitischen Narrativ des *Green New Deal* die Chance, skeptische Haushälter\*innen von der Notwendigkeit der

Stärkung kultureller Bildung zu überzeugen. In zehn oder zwanzig Jahren wird unsere Gesellschaft weniger durch das Ausmaß der Krise, als durch unseren heutigen Mut und unseren Gestaltungswillen geprägt sein.

Zur Stärkung der unmittelbaren Sinnhaftigkeit kulturpolitischer Legitimationsstrategien bietet der Anschluss an das sozial-ökologische Transformationsprojekt des *Green New Deal* die Chance, den Anspruch einer gesellschaftsgestaltenden Kulturpolitik zu realisieren. Wie die Verbindung der Kultur- und Kunstpolitik seit den 1990er Jahren mit dem Konzept der *Creative Industries* zu einer institutionellen Neubewertung etablierter kulturpolitischer Legitimationsstrategien und einer ›Aufwertung‹ der Kulturpolitik geführt hat, bietet die Verbindung mit dem Projekt des *Green New Deal* erhebliche Chancen für die aktuelle Suche nach neuen kulturpolitischen Leitbildern. Während die Debatten zur Kultur- und Kreativwirtschaft jedoch stark durch wirtschaftliche Diskurse geprägt sind, bietet der transformatorische Horizont des *Green New Deal* die Möglichkeit, die gemeinwohlorientierte Dimension der kulturellen Bildung sowie die Befähigung des Menschen zu Solidarität und Freiheit stärker in den Blick zu nehmen.

So erschreckend der historische Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise aktuell scheint, hält er auch den Schlüssel zur Lösung unserer Probleme bereit. Europa braucht in diesen Tagen einen *Green New Deal*. Dieser lehnt sich an die als *New Deal* bezeichnete Serie von Wirtschafts- und Sozialreformen des US-Präsident Roosevelt in den 1930er Jahren an. Auch heute muss der unmittelbaren Bedrohung durch den Klimawandel mit einer ökologischen Wende der Industriegesellschaft und einem tiefgreifenden kulturellen Wandel begegnet werden. Die Frage ist schon nicht mehr, ob, sondern wie schwer der Klimawandel ausfällt. Mit Nachdruck fordert die *Fridays-for-Future*-Bewegung deswegen eine intergenerationale Politik, die auch Interessen zukünftiger Generationen wahrt und politisches und wirtschaftliches Handeln über den kurzfristigen Horizont einzelner Legislaturperioden ausrichtet. Kulturpolitische Entscheidungen heute können deswegen den Grundstein für eine gerechtere Welt legen, in der in Zukunft mehr Menschen Zugang zu Kunst und Kultur haben, die Dominanz der Logik der bezifferten Welt gebrochen ist und die universalistische Mehrdimensionalität des Menschen im Zentrum gesellschaftlichen Fortschritts steht.

Der *Green New Deal* soll erstens dazu dienen, das auf der Pariser Klimakonferenz 2015 festgelegte 1,5 Grad-Ziel zu erreichen. Zweitens soll *der Green New Deal* der gesellschaftlichen Ungleichheit entgegenwirken und Wohlstand und Arbeit sichern. Dabei ist der *Green New Deal* nicht nur eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung zur Bekämpfung des Klimawandels, er führt auch zu mehr Lebensqualität. Wenn es gelingt, den *Green New Deal* mit einer anspruchsvollen kulturpolitischen Agenda zu versehen, kann die wirtschaftliche Wiederbelebung in der Post-Corona-Zeit zu mehr Selbstbestimmung und einer Aktualisierung angestaubter kulturpolitischer Legitimationsstrategien führen.

Gerade hier müssen die notwendigen Investitionen in Kultur und Bildung im europäischen Maßstab entscheidend mit den Zielen der sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft verbunden werden. Sollte uns dieses Ziel gelingen, wird Europa auch in einer dysfunktionalen Weltordnung ein glaubhafter Partner sein, der nach Außen kommunizierte Forderungen selbstverständlich aus der kulturellen Selbstbegründung der freiheitlichen Demokratie lebt. Freie Meinungsäußerung, Kunstfreiheit, Emanzipation, Interkulturalität und eine kritische Zivilgesellschaft sind nur einige Beispiele, die in unserer Demokratie durch eine selbstbewusste Kulturpolitik gelebt und verteidigt werden und das Bild Deutschlands und Europas auf der ganzen Welt prägen.

**Christian Steinau**, München

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der LMU München. Im Wintersemester 2019/20 entwickelte er in Kooperation mit den Münchner Kammerspielen das reflexive und partizipative Veranstaltungsformat *Cultural Policy Lab*. Er ist Vorstandsmitglied des Kulturforums der Sozialdemokratie in München e.V.